

SEESTADT BREMERHAVEN



Informationen zur Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten nach Art. 13 und 14 EU-DSGVO

Amt für Jugend, Familie und Frauen

Stand: Juni 2020



Magistrat der Stadt Bremerhaven

Amt für Jugend, Familie und Frauen

Postfach 21 03 60, 27524 Bremerhaven



**BREMERHAVEN
MEER ERLEBEN!**

Datenschutzhinweis nach Artikel 13 und 21 der Verordnung (EU) 2016/ 679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27.04.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/ EG (Datenschutz-Grundverordnung)

Für die vorliegende Datenerhebung und –verarbeitung ist das Amt für Jugend, Familie und Frauen der Stadt Bremerhaven verantwortlich:

Kontaktdaten: Magistrat der Stadt Bremerhaven
 Amt für Jugend, Familie und Frauen
 - vertreten durch die Amtsleitung-
 Postfach 21 03 60
 27524 Bremerhaven
 Tel.: 0471/ 590 21 23, Fax: 0471/ 590 25 36,
 Email: jugendamt@magistrat.bremerhaven.de

Datenschutzbeauftragte: Alix Finger (Postanschrift siehe oben)
 Tel.: 0471/ 590 28 75, Fax: 0471/ 590 350 28 75
 Email: datenschutz.jugend@magistrat.bremerhaven.de

Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt, um Ihren Antrag bzw. Ihr Anliegen in Erfüllung unseres gesetzlichen Auftrags bearbeiten zu können. Grundsätzlich werden nur Daten erhoben, die für die Aufgabenerfüllung zwingend notwendig sind. Im einzelnen Antragsformular ist die jeweilige Rechtsgrundlage konkret benannt. Die Datenverarbeitung erfolgt auf der Grundlage der angegebenen rechtlichen Vorschriften in Verbindung mit Artikel 6 Abs. 1 lit. c und e DSGVO. Daneben finden die Vorschriften des Bremischen Ausführungsgesetzes zur EU-Datenschutz-Grundverordnung (BremDSGVOAG) Anwendung.

Die erhobenen Daten werden vertraulich behandelt. Eine Datenweitergabe erfolgt nur unter Beachtung der Verschwiegenheitsverpflichtungen und sofern sich die Zulässigkeit aus einer datenschutzrechtlichen Übermittlungsbefugnis ergibt.

Die erhobenen Daten werden gelöscht, wenn sie für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben nicht mehr benötigt werden und die gesetzmäßigen Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind.

Falls bei der Datenerhebung bestimmte Angaben von Ihnen freiwillig zusätzlich zur Verfügung gestellt werden können, wird dies besonders gekennzeichnet. Sofern Sie diese nicht bereitstellen, ergeben sich keine negativen Konsequenzen für Sie.

Rechte der betroffenen Person

Sie haben für Ihren entsprechenden Einzelfall das Recht auf Auskunft über die konkret vorliegenden personenbezogenen Daten sowie das Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten und auf Löschung sofern die Voraussetzungen nach Artikel 17 DSGVO vorliegen. Weiterhin besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach den Vorgaben des Artikels 18 DSGVO sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit nach Artikel 20 DSGVO. Darüber hinaus besteht ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung mit Wirkung für die Zukunft nach Artikel 21 DSGVO, wenn die Datenerhebung auf der Grundlage von Artikel 6 Abs. 1 lit. e DSGVO (Datenverarbeitung zur behördlichen Aufgabenerfüllung bzw. zum Schutz des öffentlichen Interesses) erfolgt. Eine Verarbeitung ist dann nur noch möglich, wenn nachweisbar zwingende schutzwürdige Gründe vorliegen, die vorrangig gegenüber Ihren Rechten und Freiheiten sind.

Es besteht nach Artikel 13 Abs. 2 lit.d) und 14 Abs. 2 lit. e) DSGVO ein Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt. Das Beschwerderecht kann insbesondere bei einer Aufsichtsbehörde in einem Mitgliedsstaat Ihres gewöhnlichen Aufenthaltsortes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes geltend gemacht werden. Die für das Bundesland Bremen zuständige Aufsichtsbehörde ist nachfolgend bezeichnet:

Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit der Freien Hansestadt Bremen
Arndtstraße 1
27570 Bremerhaven
Telefon: 0471 596 2010 oder 0421 361 2010
Fax: 0421 496 18495
Email: office@datenschutz.bremen.de